



Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

### Sozialreferat

„Integration von Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung in das jüdische Gemeindeleben“



Strategiepapier zur ZWST-Behindertenhilfe auf der  
Grundlage der zentralen Ergebnisse der  
Fragebogenaktion  
„Zur Situation jüdischer Menschen mit Behinderung“

Verfasst von:  
Dr. Michael Bader, Dinah Kohan

Januar 2009

## **Einleitung**

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST e.V.) führte, gefördert durch Aktion Mensch, vom April 2005 bis März 2008 das Projekt **„Integration von Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung in das jüdische Gemeindeleben“** durch. Im Rahmen dieses Projektes wurde eine wissenschaftliche Begleitstudie zur Situation der betroffenen Personengruppe durchgeführt. Befragt wurden Familien, die einen Angehörigen mit einer geistigen und/oder psychischen Behinderung haben, der nicht älter als 55 Jahre alt ist.

Die im Folgenden dargestellte Auswertung basiert auf 128 Fragebögen, die bis Juni 2007 bei der ZWST eingingen. Von den ausgewerteten Fragebögen waren 115 (90%) auf Russisch und 13 (10%) auf Deutsch ausgefüllt. Dies entspricht dem Verhältnis ‚Alteingesessene-Zuwanderer‘, wie es sich in den jüdischen Gemeinden wieder findet.

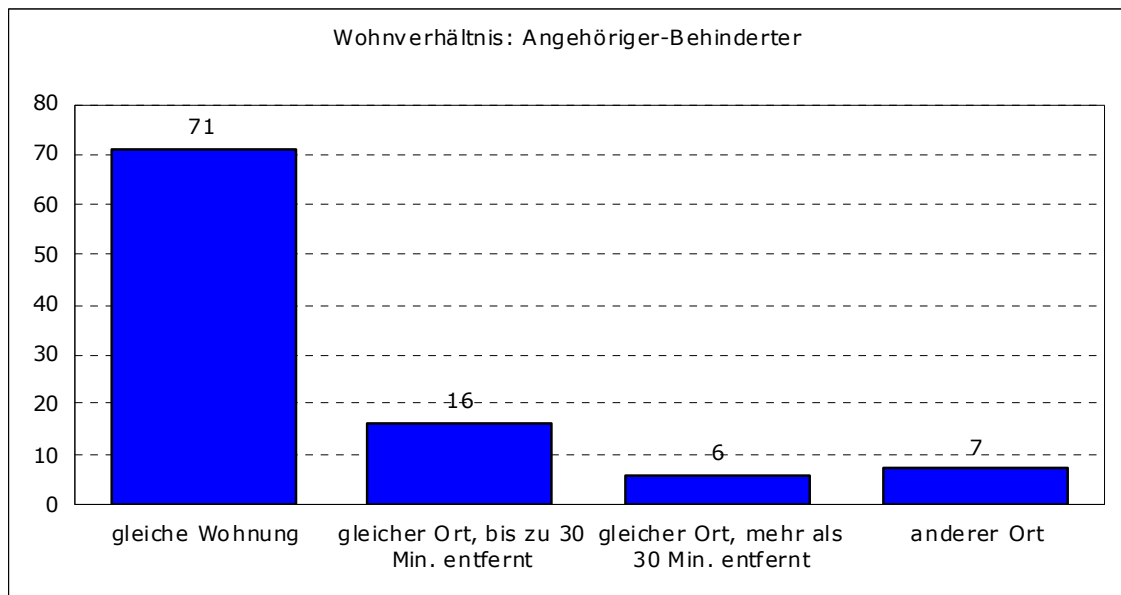
128 Familien sind für eine „Randgruppe“ -hauptsächlich russische Kontingentflüchtlinge mit einer Behinderung und ihre Angehörigen- eine große Anzahl. Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass es für viele der Befragten sehr schwierig war und ist, sich zu diesem Thema zu äußern. Denn sie sind in einem Land aufgewachsen, in dem es als ein Makel galt über die Behinderung ihrer Angehörigen zu sprechen. Hinzu kam, dass es in der ehemaligen Sowjetunion keine adäquaten Unterstützungsangebote für die Betroffenen gab und daher, ein auf Zuwachs von Selbständigkeit und Selbstbestimmung ausgerichtetes Unterstützungssystem nicht vorstellbar war.

Die auf der Grundlage der Fragebogenaktion basierenden Aussagen über die betroffene Personengruppe sind nicht repräsentativ im statistischen Sinne, aber sie sind aussagekräftig für den untersuchten Personenkreis: Familien, die Mitglied einer jüdischen Gemeinde sind und gleichzeitig einem Angehörigen mit einer Behinderung haben.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitstudie wieder gegeben. Auf diesen Ergebnissen und den darüber hinaus im Projektverlauf gewonnen Erkenntnissen, leitet sich die strategische Ausrichtung der Behindertenhilfe der ZWST ab. Ein Schwerpunkt der an dieser Stelle dargestellten Ergebnisse liegt im Fragebogenschwerpunkt „Kontakt zur jüdischen Gemeinde“. Der ausführliche Endbericht zum Projekt und zur Fragebogenauswertung kann bei der ZWST ab dem Sommer 2009 angefordert werden.

## 1. Wohnverhältnisse

Graphik 1: Wohnverhältnis Angehöriger/ Behinderter



ZWST Projekt 2007, n=127

Knapp 90% (n=110)<sup>1</sup> der Befragten leben mit ihrem behinderten Angehörigen zusammen oder im unmittelbaren häuslichen Umfeld. Der überwiegende Teil nämlich 71% (n=90) lebt in der gleichen Wohnung. Unterscheidet man die Familien danach, ob ihr Angehöriger eine psychische oder eine so genannte „geistige“ Behinderung hat, zeigt sich, dass der überwiegende Teil der Menschen mit einer

<sup>1</sup> n=110= 90 Personen (gleiche Wohnung) + 20 Personen (gleicher Ort, <30 Min. Fußwegzeit)

geistigen Behinderung, etwa 80%, mit der Familie in einer Wohnung zusammen leben. Menschen mit einer psychischen Behinderung wohnen in nur 50% der Fälle bei ihren Familien. Dafür wohnen sie häufiger in unmittelbarer Nähe der elterlichen Wohnung. Insgesamt leben nur ca. 10% (n=17) der Betroffenen weiter als 30 Minuten Fußweg entfernt von ihren Angehörigen. Das spricht für eine sehr starke wechselseitige Bindung der Familienmitglieder, die sich auch in der täglichen Lebenspraxis zeigen wird. Dieses Ergebnis ist nicht verwunderlich, weil Familien mit einer Migrationserfahrung, zudem wenn sie noch einen hilfebedürftigen Angehörigen betreuen, eine starke Bindung untereinander aufweisen. Dass Menschen mit geistiger Behinderung, die von Geburt an behindert sind und nicht erst im Laufe des Lebens von Behinderung betroffen werden, sich schwerer vom Elternhaus lösen, liegt nahe. Hinzu kommt, dass Menschen mit einer psychischen Behinderung erfahrungsgemäß klarer ihren Wunsch nach selbst bestimmten Lebensformen äußern können.

Weitere detaillierte Auswertungen zeigen, dass in 76% (n=87) der Fälle die Mutter mit im Haushalt lebt. Nur in 52% (n=59) aller Familien wohnt auch der Vater in derselben Wohnung.

Es scheint, dass die doppelte Belastung:

- a) sich in der Fremde zurecht finden zu müssen und
- b) ein Familienmitglied mit einer Behinderung zu versorgen, verstärkt zu Spannungen in den Familien führen.

Es ist dann zumeist die Mutter, die schließlich alleine die Sorge für den behinderten Angehörigen übernimmt. Dieses Ergebnis wird durch Aussagen verschiedener Angehöriger bestätigt, die sich im Rahmen der durchgeführten Veranstaltungen in persönlichen Gesprächen dem gemäß äußerten. So scheint die Belastungssituation in Familien mit behindertem Kind häufig das Familiensystem zu überfordern.

In einem Fünftel der Familien, 21% (n=24) lebt auch mindestens ein Geschwisterteil mit.

## **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

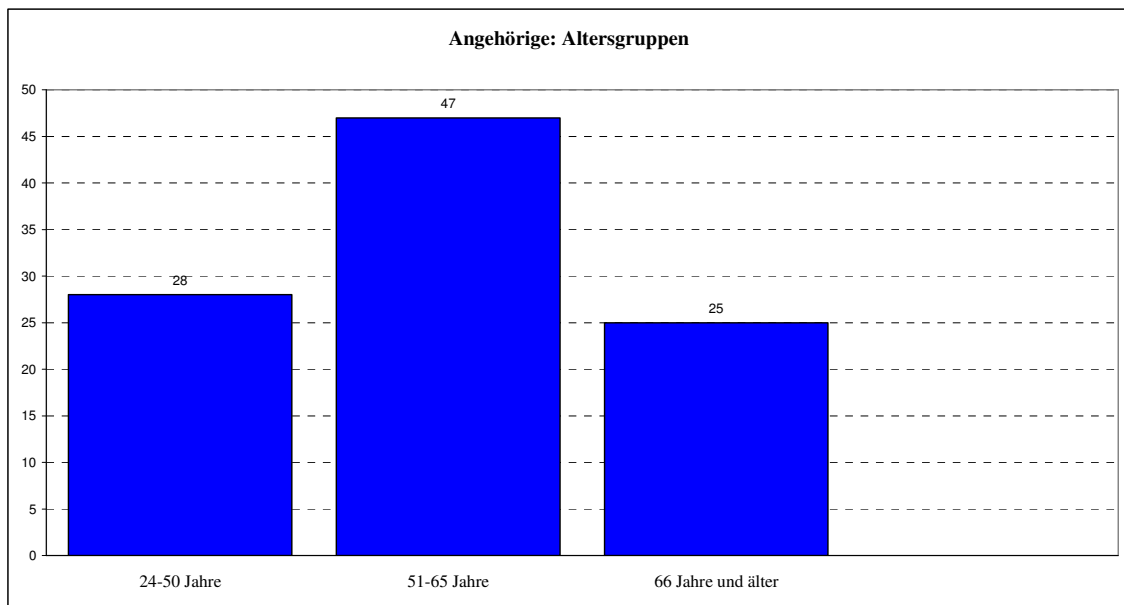
Um die Belastungssituation für die Familien mit behinderten Angehörigen abzumildern müssen Familien von Sozialarbeitern verstärkt auf vorhandene „Familien unterstützende“ (FUD) bzw. „entlastende (FED) Dienste“ bei anderen Trägern hingewiesen werden. Auch sollten sie über deren mögliche Finanzierung beispielsweise durch Leistungen der Pflegekasse (z.B. Verhinderungspflege) informiert werden. Familien unterstützende bzw. entlastende Maßnahmen haben den Effekt,

- a) dass die behinderten Menschen lernen, auch zu Personen außerhalb des Familienkreises einen Kontakt aufzubauen. So kann eine zeitlich befristete Ablösung erprobt und eingeübt werden.
- b) Die betreuenden Angehörigen –insbesondere pflegende allein erziehende Mütter sowie auch betagte Angehörige– werden vor Überforderung geschützt. Häufig können diese erstmals in ihrem Leben eigene kleine Freiräume entwickeln und somit auch gestärkt werden.

## **2. Alter**

Fast die Hälfte, 46% (n=57), aller Personen mit Behinderung sind unter 30 Jahre alt, eine weitere große Gruppe mit ca. 34% (n=43) stellen die Erwachsene im Alter von 31-40 Jahre dar. Nur 20% der Menschen mit Behinderung sind über 40 Jahre alt.

Graphik 2: Altersgruppen der Angehörigen



ZWST Projekt 2007, n=114

Eine Übersicht der Altersverteilung der Angehörigen zeigt, dass etwa die Hälfte der Angehörigen über 60 Jahre, ein Viertel sogar über 65 Jahre alt ist. Viele Angehörigen befinden sich in einem Alter, in dem absehbar ist, dass sie die Betreuung ihrer Angehörigen nicht mehr lange werden leisten können. Insbesondere diese Personengruppe macht sich große Sorgen um die Zukunft ihrer behinderten Familienmitglieder.

### **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass

- a) bei der Integration in das jüdische Gemeindeleben insbesondere jüngere Erwachsene mit Behinderung angesprochen werden sollten.
- b) Aufgrund des hohen Anteils älterer Angehöriger auch von der jüdischen Gemeinschaft in nächster Zeit verstärkt Unterstützungsangebote entwickelt werden sollten, um die Angehörigen zu entlasten.

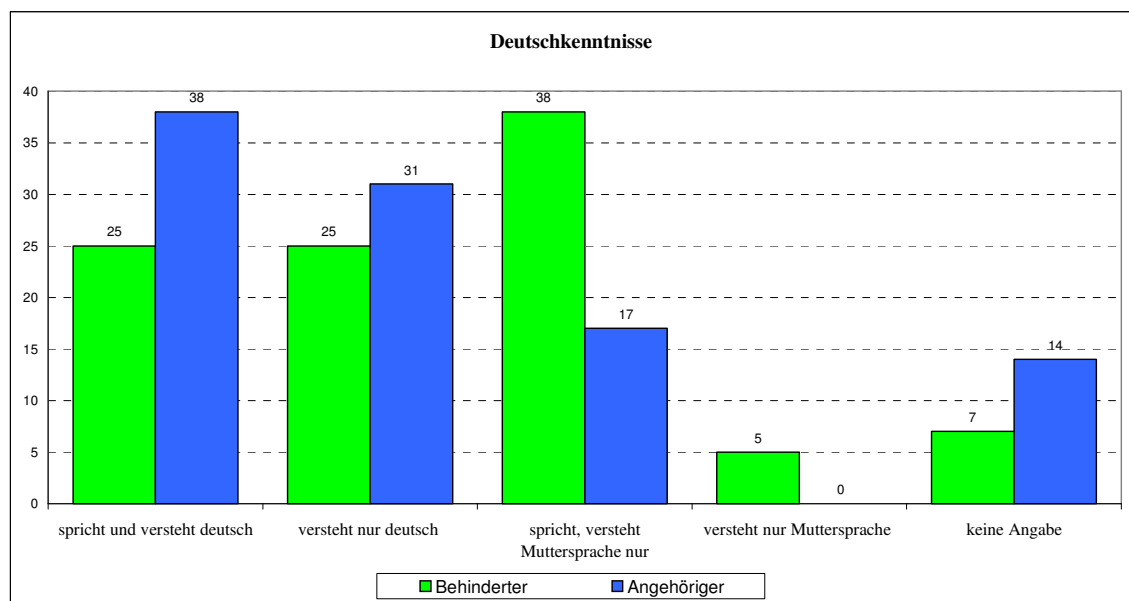
Die Altersstruktur der behinderten Menschen und der pflegenden Angehörigen macht die Vorbereitung von differenzierten Wohnformen

außerhalb der Familie notwendig. Hierbei ist wünschenswert, dass die Menschen mit Behinderung und die pflegenden Angehörigen bei den erforderlichen Ablöse- und Verselbständigungsprozessen professionell begleitet werden. Denn im Projekt zeigte sich immer wieder, dass aufgrund der Migration viele wechselseitigen Bindungen und Abhängigkeiten symbiotisch sind. Daher scheint ein professionelles, insbesondere auch psychotherapeutisches Angebot, unverzichtbar.

### 3. Sprachkenntnisse

Für eine gelungene Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft sind Deutschkenntnisse von herausragender Bedeutung. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Deutschkenntnisse der Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen:

Graphik 3: Deutschkenntnisse



ZWST Projekt 2007, N=128

Die Hälfte der behinderten Personen, 50% (n=64) versteht deutsch. Die andere Hälfte der behinderten Personen, 38% (n=49) spricht nur ihre Muttersprache bzw. weitere 5% (n=6) kann sie nur verstehen, aber nicht sprechen. Hinsichtlich der Sprachkenntnisse der Angehörigen zeigt sich, dass diese über etwas bessere deutsche

Sprachkenntnisse verfügen. So geben über zwei Drittel der Angehörigen, 69% (n=88), an, dass sie Deutsch verstehen und ein Drittel der befragten Angehörigen, 38% (n=48), spricht es auch. Auf verschiedenen Informationsveranstaltungen für diesen Personenkreis haben Angehörige immer wieder darauf hingewiesen, dass sie es für sehr wichtig halten, dass ihre behinderten Angehörigen deutsch lernen. Allerdings sind herkömmliche Deutschkurse für diesen Personenkreis nicht geeignet.

### **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

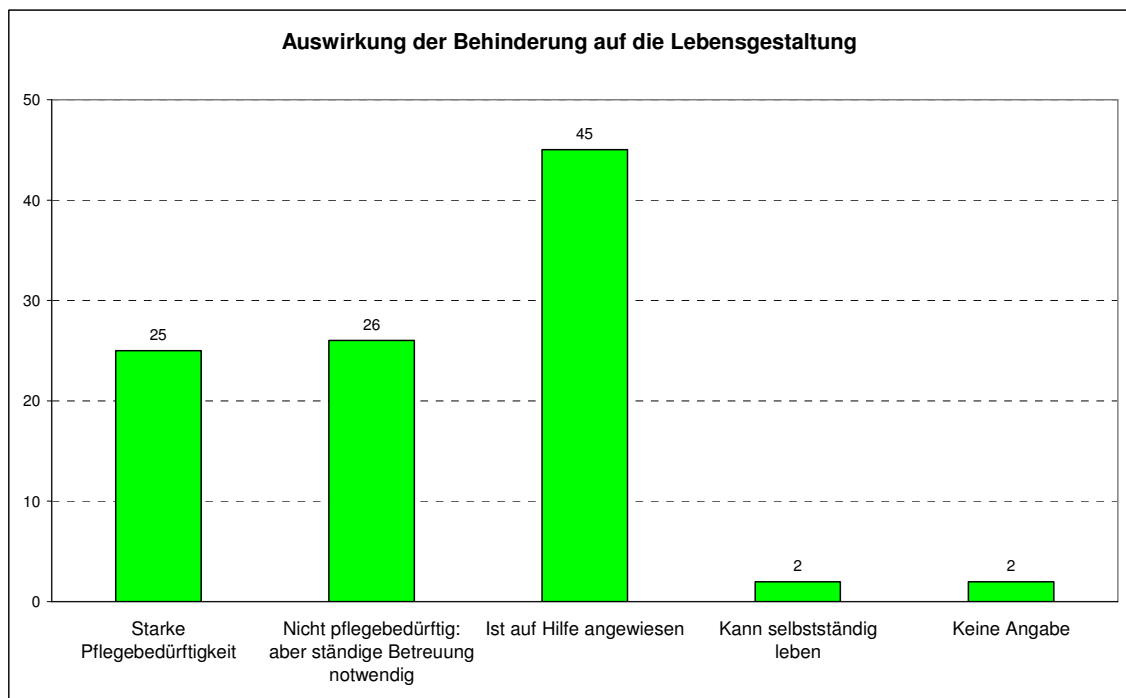
Sprachkurse in einfacher Sprache sind sehr wichtig und daher erforderlich, um den mehrfach benachteiligten und isolierten Menschen mit Behinderung die Integration in die deutsche Gesellschaft und jüdische Gemeinschaft zu ermöglichen.<sup>2</sup> Viele Menschen mit Behinderung nehmen auch Angebote im Behindertensektor wie beispielsweise den Werkstattbesuch in Anspruch. Dort wird erwartet, dass sie sich mit ihrem Umfeld auf deutsch unterhalten können.

---

<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang sei auf einen Deutsch-Sprachkurs für Menschen mit Behinderung hingewiesen, der mit außerordentlichem Erfolg seit zwei Jahren mit Unterstützung der jüdischen Gemeinde Frankfurt durchgeführt wird. Dort lernen Menschen mit Behinderung mittlerweile in zwei Kleingruppen nach einem auf sie abgestimmten Konzept Deutsch, um sich im Alltag besser zurechtzufinden.

## 4. Lebensgestaltung der Menschen mit Behinderung

Graphik 4: Auswirkung der Behinderung auf die Lebensgestaltung



ZWST Projekt 2007, N=128

Die Ergebnisse zeigen, dass die behinderten Familienmitglieder häufig einen erheblichen Betreuungsaufwand benötigen. So gibt über die Hälfte, 51% (n=65), der befragten Familien an, dass bei ihrem Angehörigen eine starke Pflegebedürftigkeit vorliegt bzw. dieser ständige Betreuung benötigt. Dies bedeutet, dass ein Großteil der befragten Familien ein Familienmitglied hat, das nicht in der Lage ist selbstständig zu leben, und sie daher die Unterstützung von Betreuungspersonen oder Assistenzen zur Bewältigung des Alltags benötigen. Dies hat ebenfalls eine starke Einschränkung der Lebensgestaltung und der Eingliederungschancen für die Angehörigen zur Folge, da sie sich überwiegend um ihren Angehörigen kümmern oder für seine Betreuung sorgen müssen. Weitere 45% (n=57) der Menschen mit Behinderung sind zwar nicht pflegebedürftig, aber auf Hilfe angewiesen und nur 2% (n=3) der Betroffenen können allein selbstständig leben. Betrachtet man diese Verteilung nach geistiger/

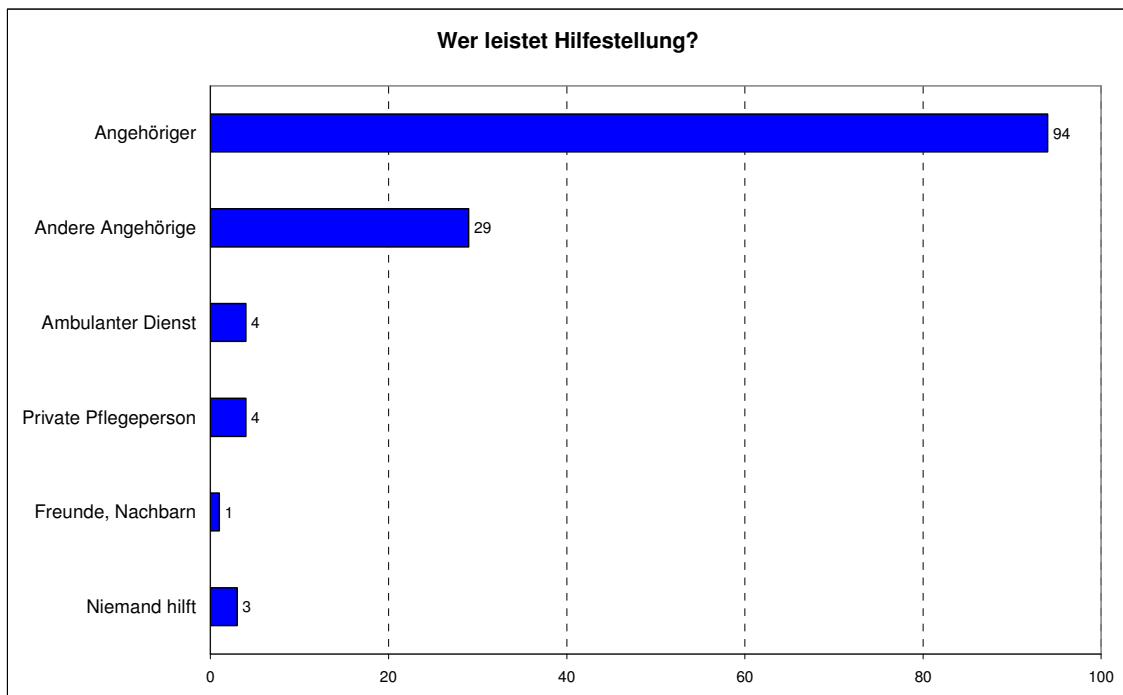
psychischer Behinderung getrennt, zeigt sich, dass das Maß des Betreuungsaufwandes relativ unabhängig von der Behinderungsart ist. Angehörige, die ein geistig behindertes Familienmitglied haben, geben häufiger an, dass dieses stark pflegebedürftig ist; aber auch über ein Drittel der Personen, die psychisch erkrankt sind, benötigt nach Einschätzung der Familie eine ständige Betreuung. Diese Ähnlichkeiten im Antwortverhalten trotz der doch unterschiedlichen Behinderungsarten erklären sich vermutlich dadurch, dass die Anforderungen, die an die Angehörigen gestellt werden, zwar unterschiedlich, aber dennoch sehr zeitintensiv sind. Während die Familienmitglieder geistig behinderter Menschen vorrangig pflegerische Tätigkeiten<sup>3</sup> ausüben, sind die Angehörigen psychisch erkrankter Menschen viel stärker gefordert, dafür zu sorgen, dass ihre „Kinder“ durch ihre Handlungen nicht in einen ständigen Konflikt mit der Umwelt geraten. So müssen Angehörige psychisch Erkrankter verstärkt dafür sorgen, dass ihre Familienmitglieder einigermaßen strukturiert den Alltag gestalten und keine sie selbst bzw. andere schädigenden Handlungen unternehmen. Sowohl im Zusammenleben mit psychisch Erkrankten wie auch mit Menschen mit geistiger Behinderung ist der Zeitaufwand, den die Angehörigen in der Betreuung leisten, sehr groß.

Die Lebenssituation vieler Familien aus der ehemaligen Sowjetunion mit einem behinderten Angehörigen charakterisiert folgende Graphik 5:

---

<sup>3</sup> Hierunter ist zu verstehen, dass Angehörige auch für die Körperpflege, Hilfe bei der Nahrungsaufnahme und das Regeln alltäglicher Dinge sorgen.

Graphik 5: Wer leistet Hilfestellungen



ZWST Projekt 2007, n=115, Mehrfachnennung möglich

Graphik 5 zeigt deutlich, dass 94% (n=108) der Angehörigen die Betreuung hauptsächlich alleine leisten und unterstreicht somit, welcher Belastung sie ausgesetzt sind. Hierbei gibt nur ein knappes Drittel (n=33) der „Hauptangehörigen“ an, dass sie von weiteren Angehörigen unterstützt wird. Nur 8% (n=8) der Familien geben an, dass sie externe Hilfen wie einen ambulanten Dienst oder eine private Pflegeperson hinzuziehen. Dies kann auch dadurch erklärt werden, dass sich der Großteil der Befragten in einer finanziell schwierigen Situation befindet. Eine finanzielle Unterstützung (z. B. durch die Pflegekasse) kann nur den Bruchteil der Kosten einer professionellen Betreuung bzw. nur wenig geleistete Pflegestunden abdecken. Aus der Sicht der Angehörigen scheint es daher sinnvoll, die Pflege allein zu leisten und dafür die Geldleistungen der Pflegeversicherung in Anspruch zu nehmen.

Auffallend ist weiterhin, dass nur eine Person angibt, dass Freunde oder Nachbarn helfen. Dies unterstreicht die Annahme, dass viele der jüdischen Zuwandererfamilien mit einem behinderten Mitglied isoliert

und zurückgezogen von ihrer Umwelt leben und versuchen alleine mit ihrer Situation zurechtzukommen.

Bezogen auf diese Personengruppe -russische Kontingentflüchtlinge- gibt es vor allem zwei Gründe, die diese Ergebnisse erklären:

- 1) Die Haltung -alleine und zurückgezogen ohne fremde Unterstützung die eigene Situation zu bewältigen- erklärt sich aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Personengruppe in ihrer Heimat aufwuchs. So gab es in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion kein Hilfenetz für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Vielmehr galt es als ein Makel ein behindertes Kind zu haben. Als Reaktion auf diese Situation haben viele Angehörige in der Heimat über Jahre hinweg ihre behinderten Familienmitglieder versteckt. Viele Familien nehmen diese Haltung in der Emigration weiterhin ein.
- 2) Die Einwanderer müssen in einem für sie fremden Land soziale Beziehungen erst einmal aufbauen. Die ist unter den belastenden Bedingungen, viel Zeit für die Betreuung des behinderten Familienmitgliedes aufzuwenden, besonders schwierig. Hinzukommt, dass die Angehörigen im Verlauf des Lebens natürlich erworbenen Freundschaften (wie z. B. Jugendfreundschaften) in der ehemaligen Sowjetunion zurückliessen. Sie können daher auf langjährige, in der Regel besonders intensive menschliche Beziehungen wie Freundschaften oder Nachbarschaften nur sehr begrenzt zurückgreifen.

### **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

Die dargelegten Ergebnisse bestätigen, dass vor allem verstärkte Bemühungen unternommen werden müssen, um den pflegenden Angehörigen ausreichend Beratung zukommen zu lassen. So sollten

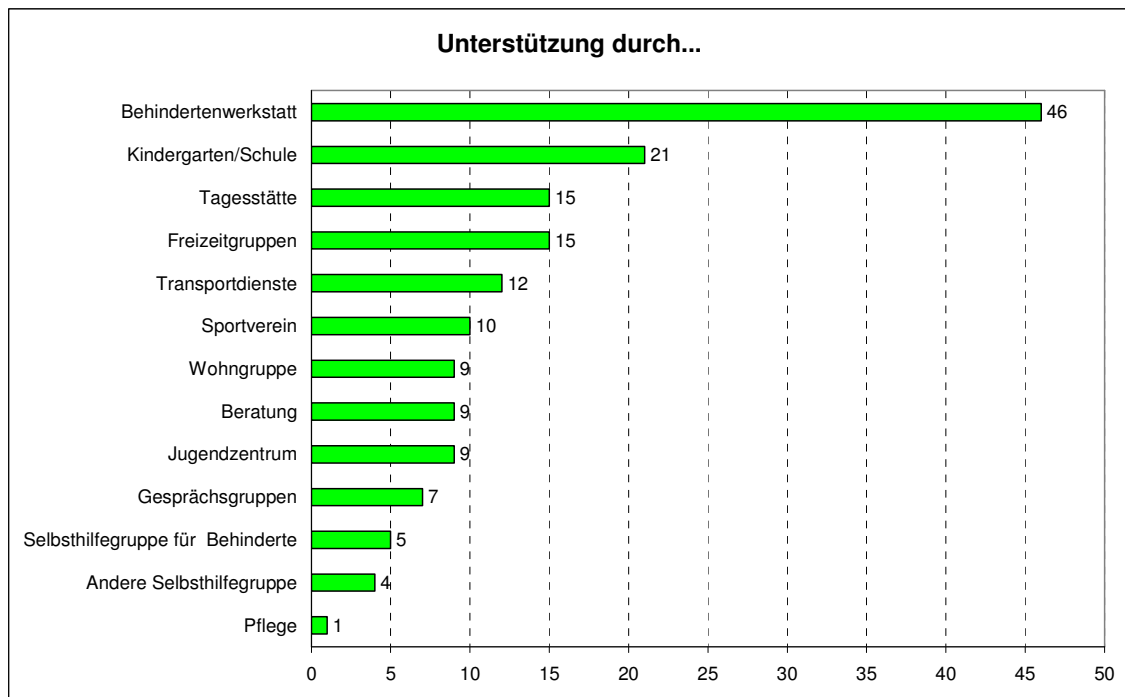
diese beispielsweise befähigt werden ihre Ansprüche zur Familienentlastung z.B. durch Beantragung von Verhinderungs- und Kurzzeitpflege durchzusetzen. Gleichzeitig sind Ferien- und Erholungsmaßnahmen sowohl für die Menschen mit Behinderung als auch für die Angehörigen angezeigt. Dabei zeigte sich im Rahmen der durchgeführten Veranstaltungen deutlich, dass die Sehnsucht der Familien und insbesondere der pflegenden Angehörigen nach kultureller Bildung und Gemeinschaft stiftenden Veranstaltungen sehr groß ist.

Ein weiterer Schlüssel zur Verbesserung der Situation könnte in der Mobilisierung vorhandener Ressourcen wie beispielsweise ehrenamtlichen Engagements liegen. Hierbei zeigen bisherige Erfahrungen mit Zuwanderungen aus Osteuropa, dass es intensivster Anstrengungen bedarf, um Menschen, die in einem politischen System sozialisiert wurden, das jede Form der Selbstorganisation unterband oder unter Strafe stellte, zu einem freiwilligen ehrenamtlichen Engagement zu bewegen.

## **5. Unterstützung durch Institutionen aus dem Behindertensektor**

Da es in der Bundesrepublik für Menschen mit Behinderung ein recht gut ausgebautes institutionelles Unterstützungs-Netzwerk gibt, wurden die Angehörigen gefragt, welche institutionellen Einrichtungen sie für die Betreuung in Anspruch nehmen.

Graphik 6: Unterstützung durch Institutionen



ZWST Projekt 2007, n=76, Mehrfachnennung möglich

Von allen 128 Befragten geben 59% (n=76) der Angehörigen an, dass sie eine Unterstützung durch nichtjüdische Institutionen erhalten bzw. ihr Familienmitglied an einer institutionellen Aktivität teilnimmt. Allerdings nehmen etwa 40% (n=52) der Familien überhaupt keine institutionelle Unterstützung in Anspruch. Von denen, die Betreuungsangebote in Anspruch nehmen, nennen an 1. Stelle fast der Hälfte der Familien den Besuch in der Behindertenwerkstatt. Dies geben 46% (n=35) an.

Detaillierte Auswertungen weisen darauf hin, dass von den Menschen mit geistiger Behinderung 61% in eine Werkstatt gehen. Dies geben von den psychisch Erkrankten nur 18% an. Dies entspricht der realen Situation, wie sie sich im Behindertensektor darstellt. So finden Menschen mit einer geistigen Behinderung relativ leicht eine Arbeit in einer Behindertenwerkstatt, da diese vor allem Arbeitsangebote für diesen Personenkreis bereitstellt. Außerdem können Menschen mit so genannter „geistiger“ Behinderung sich leichter auf die in den Behindertenwerkstätten verbreiteten, gleichförmigen, industriellen

Arbeiten einstellen. Für Menschen mit einer psychischen Erkrankung gibt es weniger passende Arbeitsmöglichkeiten und adäquate Rahmenbedingungen. Häufig fehlt bei Menschen mit psychischer Krankheit oder Behinderung die Einsicht, dass ihre individuellen Besonderheiten die Eingliederung in Arbeitsprozesse erschwert. Zugleich fehlt häufig die Bereitschaft sich an einen vorgegebenen und vorbestimmten Arbeitsrahmen anzupassen.

### **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

Die berufliche Eingliederung stellt bisher für viele Zuwanderer mit Behinderung eine unüberwindbare Hürde dar. Es spricht vieles dafür, dass -insbesondere in den großen- jüdischen Gemeinden mögliche Arbeits- und Beschäftigungsplätze für Menschen mit Behinderung entstehen können. So könnten Wege der integrativen Beschäftigung als Kooperationen zwischen den jüdischen Gemeinden und Trägern der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung aufgezeigt und mögliche Praxis-Anleiter vor Ort geschult werden. Hier gilt es für die Zukunft Modelle zu entwickeln.

## **6. Kontakt zur jüdischen Gemeinde**

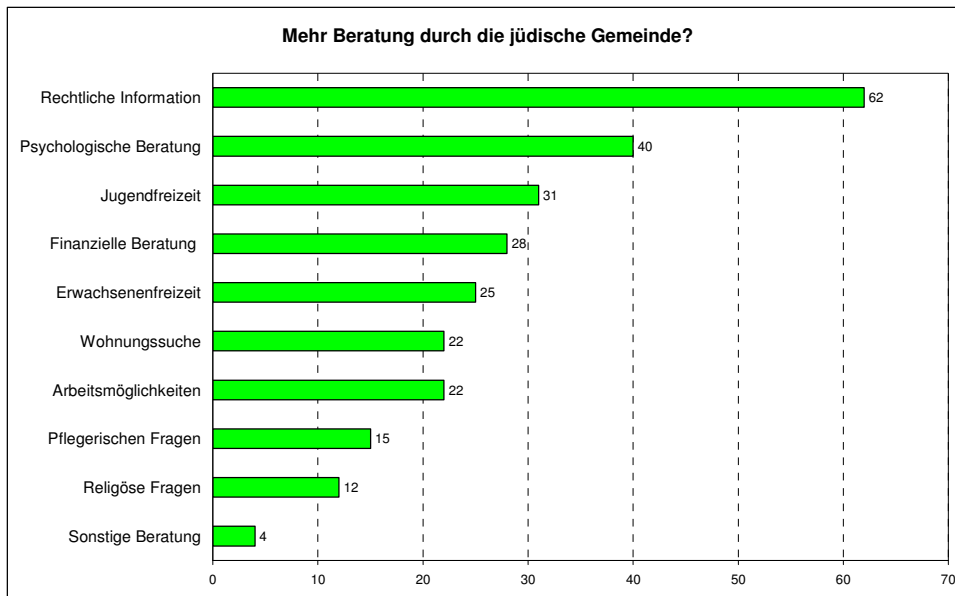
Die Auswertungen zeigen, dass allgemeine Angebote der jüdischen Institutionen von Menschen mit Behinderung bisher kaum genutzt werden.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Diese Aussage bezieht sich schwerpunktmäßig auf Beratungen vor 2005, dem Beginn des Projektes. Mittlerweile ist es so, dass sich mehr Angehörige in Angelegenheiten ihrer behinderten Familienmitglieder an die Sozialabteilungen wenden. Dennoch ist es häufig auch so, dass sich Angehörige an die Sozialarbeiter in allen möglichen Fragen (Anerkennung von Dokumenten, Arbeitssuche etc.) wenden, aber aus Scham die Existenz eines behinderten Familienmitgliedes völlig verschweigen. Dies berichteten verschiedentlich Sozialarbeiter. Beispielsweise erzählte eine Sozialarbeiterin, dass sich eine bestimmte Familie häufig in allen möglichen Dingen an sie gewendet hatte, sie selber aber erst durch einen Zufall von anderen Gemeindemitgliedern erfuhr, dass es in dieser Familie auch noch ein geistig behindertes Familienmitglied gibt.

Da den Sozialabteilungen gerade im Kontakt mit Familien mit einem behinderten Mitglied innerhalb der Gemeinden eine zentrale Funktion zukommt, wurde nachgefragt, auf welchen Gebieten sich die Befragten von diesen mehr Beratung wünschen.

Graphik 7: Wunsch nach Beratung durch die jüdische Gemeinde in...



ZWST Projekt 2007, n=95, Mehrfachnennung möglich

Insgesamt äußerten drei Viertel aller Befragten, 74% (n=95), den Wunsch sich von den jüdischen Gemeinden allgemein hinsichtlich der Situation von Menschen mit Behinderung intensiver beraten zu lassen. Hierbei steht weit an erster Stelle der Wunsch nach rechtlicher Information, der von über 60% (n=59) der an Beratung Interessierten geäußert wird.

Immerhin an zweiter Stelle steht der Wunsch nach psychologischer Beratung, den 40% (n=38) derjenigen, die Beratung wünschten, äußern. Knapp ein Drittel, 31% (n=29) der an Beratung Interessierten wünscht sich mehr Informationen zu Jugendfreizeiten wie zu finanzieller Unterstützung, 28% (n=27). Immerhin 12% der Beratungsinteressierten (11 Personen) äußern den Wunsch nach mehr Beratung in religiösen Fragen. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Erfahrungen, die immer wieder auf den vom Projekt

veranstaltenden Bildungsfreizeiten gemacht werden. Dort zeigt sich, dass sich etliche Familien scheuen, mit ihrem behinderten Familienmitglied in die Gemeinde zu gehen, und dennoch das Bedürfnis haben, am religiösen Leben teilzuhaben. Wird ihnen dazu die Möglichkeit gegeben -oft erstmalig in ihrem Leben-, nehmen sie mit viel Enthusiasmus daran teil. Diese gemeinsamen Erlebnisse in der jüdischen Gemeinschaft stärken dabei ihr Selbstwertgefühl und ihre jüdische Identität.

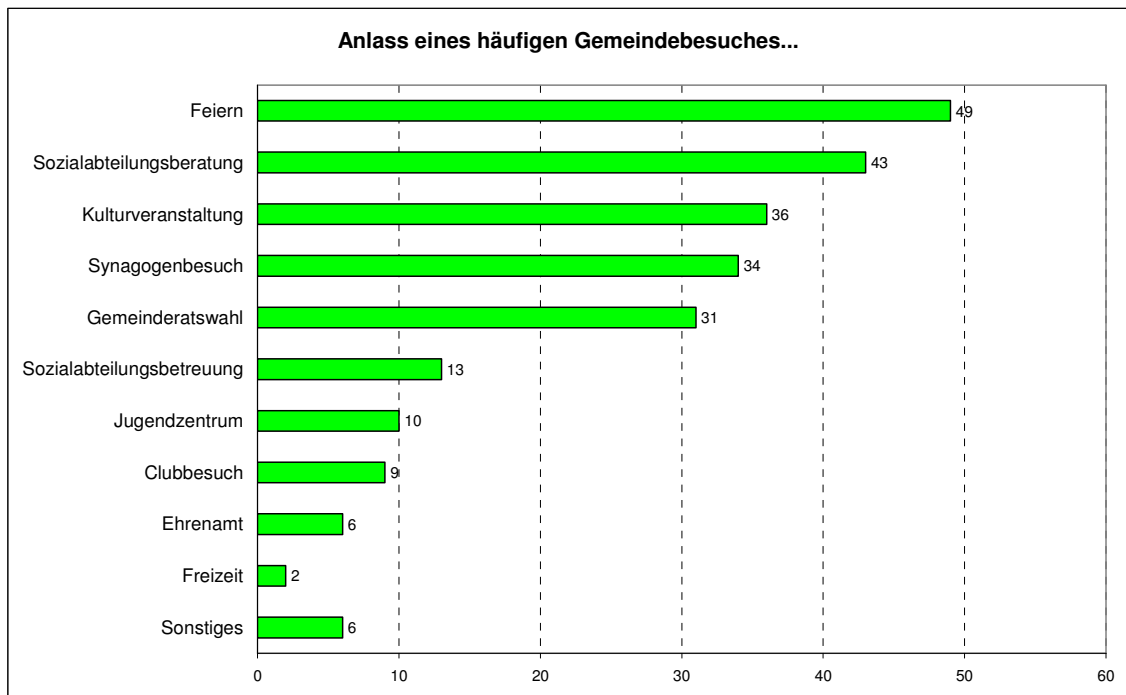
Detaillierte Auswertungen zeigen, dass in fast allen Bereichen die Familien mit einem psychisch Erkrankten einen höheren Beratungsbedarf haben. Lediglich in den Bereichen Jugendfreizeit/ religiöse Fragen wünschten sich die Familien mit einem geistig behinderten Familienmitglied mehr Beratung.

Befragt in einer offenen Frage nach der Unterstützung, die die Befragten durch die jüdische Gemeinden erhalten haben, antworteten die Betroffenen zahlreich: 40% aller Befragten (n=51).

Für die überwiegende Mehrheit derjenigen, die eine Unterstützung durch die jüdische Gemeinde erhielten, 53% (n=27), war vor allem die moralische und psychologische Unterstützung zentral. Weitere 24% (n=12) nannten die beratende, 22% (n=11) sprachliche, 18% (n=9) finanzielle und 16% (n=8) Unterstützung beim Schriftverkehr. 8 Familien gaben aber auch explizit an, dass sie überhaupt keine Unterstützung erhalten hätten.

Um ein genaueres Bild von der Art der Kontakte zur jüdischen Gemeinde zu erhalten, wurde detailliert nach den Anlässen, zu denen die Familien die Gemeinde (auch ohne behindertes Familienmitglied) aufsuchen, gefragt. In der folgenden Graphik werden die Personen dargestellt, die angaben eine Veranstaltung der jüdischen Gemeinde häufig zu besuchen. Hierbei zeigt sich folgendes Bild:

Graphik 8: Anlass eines häufigen Gemeindebesuches



ZWST Projekt 2007, n=67, Mehrfachnennung möglich

Von allen Befragten gaben 67 Personen an, häufig/ regelmäßig die Gemeinde zu besuchen. Dies ist die Hälfte aller Befragten, 52%.

Auch die Angehörigen von behinderten Menschen besuchen wie andere Familien die jüdische Gemeinde vor allem aus drei Gründen:

- 1) An erster Stelle stehen religiöse und kulturelle Gründe. Die Befragten möchten aktiv an dem jüdischen Leben teilhaben. So nennt fast die Hälfte derjenigen, 49% (n=33), die angeben, häufig in die Gemeinde zu gehen: Feiern bzw. ein Drittel, 34% (n=23) den Synagogenbesuch. Auch kulturelle Veranstaltungen spielen hierbei eine wichtige Rolle, so nennen diese ein Drittel, 36% (n= 24) derjenigen, die die Frage beantwortete.
- 2) Eine weitere zentrale Rolle für den Kontakt der Familien spielen die Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinden. So nennen 43% (n=29) die Sozialberatung bzw. 13% (n=9) die Betreuung durch sie wie z. B. einen Besuchsdienst.
- 3) An dritter Stelle steht der Bereich der Freizeitaktivitäten. So nennen 10% (n=7) derjenigen, deren Familienmitglieder häufig

in die Gemeinde gehen, den Besuch des Jugendzentrums oder 9% (n= 6) eine Clubaktivität wie Schachclub, Maccabi etc.

### **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

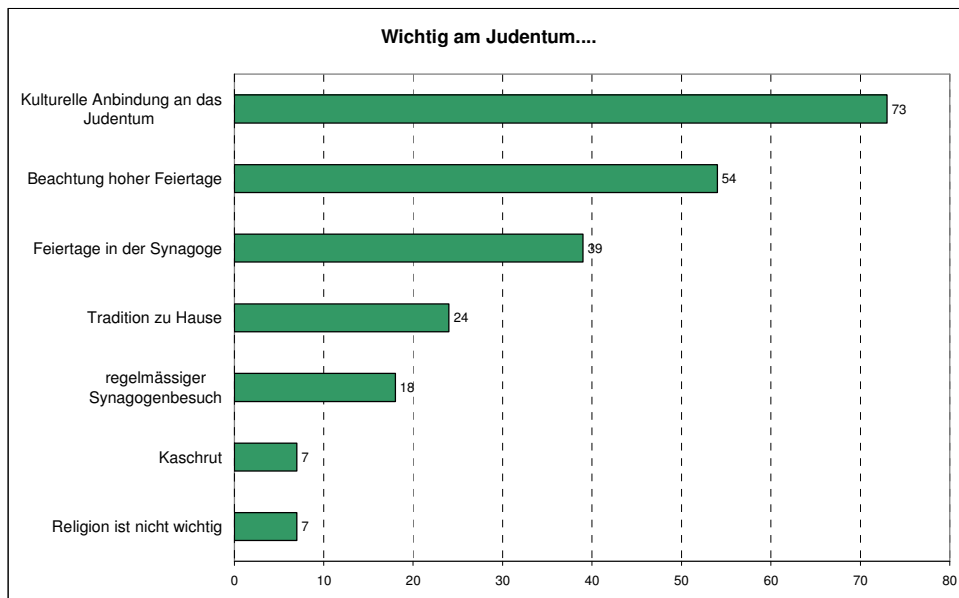
Die Fragebogenergebnisse legen die Initiierung von lokalen Unterstützungs- und Begleitmaßnahmen nahe, die den Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen die Teilnahme an religiösen und anderen Gemeindeveranstaltungen erleichtern. Folgende Maßnahmen sollten verstärkt werden:

- a) Auf- und Ausbau von Selbsthilfe- und Elternselbstorganisationen sowie Ehrenamtsprojekten, die helfen die Berührungängste seitens der Gemeindemitglieder zu überwinden und die Chancen der Integration ins Gemeindeleben zu verbessern.
- b) Die Sozialberatung in den Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinden sollten im Bereich des Behindertenrecht weiter geschult sowie die Kontakte zu den Behindertenverbänden vor Ort intensiviert werden, damit Ratsuchende bei „Spezialfragen“ auch an diese verwiesen werden können.

### **7. Jüdische Identität**

Als nächstes wurden die Familienmitglieder nach ihrer persönlichen Einstellung zum Judentum gefragt. So wurde gefragt, was den Befragten wichtig am Judentum sei.

Graphik 9: Wichtig am Judentum...



ZWST Projekt 2007, n=117, Mehrfachnennung möglich

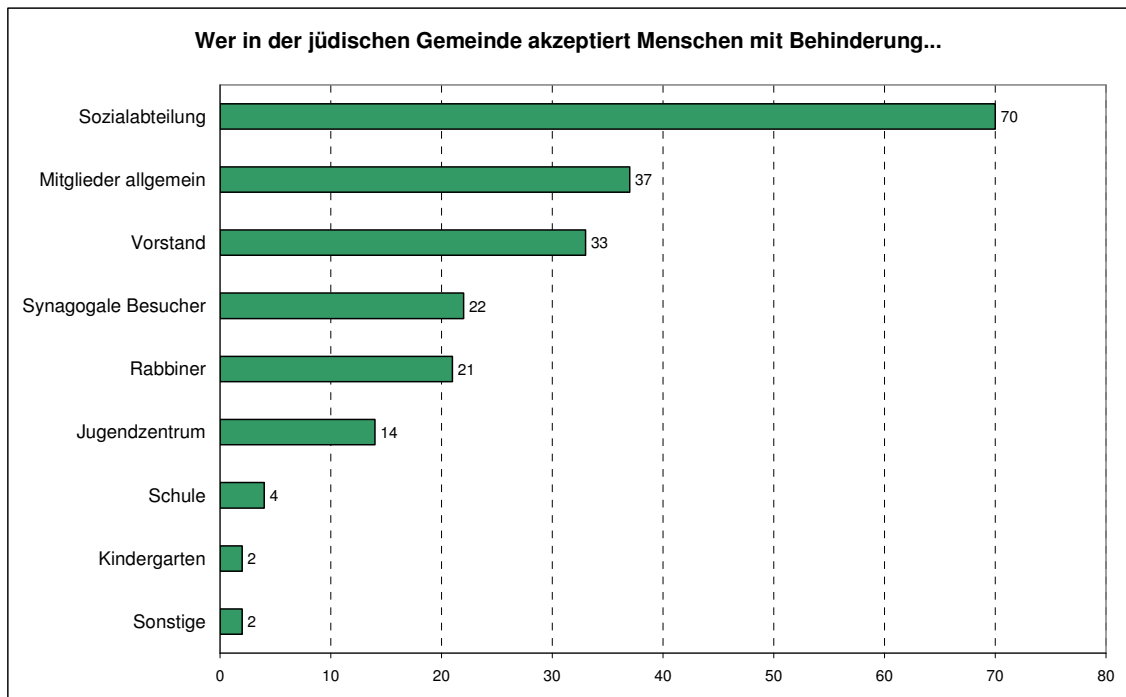
Für die überwiegende Mehrheit derjenigen 117 Personen, die diese Frage beantworteten, 73% (n=85), besteht ihre jüdische Identität vor allem aus einer kulturellen Anbindung an das Judentum. Dies erklärt sich vor dem Hintergrund, dass 90 % der Antwortenden russischer Herkunft sind. In der Regel ist hier der Bezug zum Judentum weniger durch Religiosität als die Teilnahme an einer jüdisch kulturellen Lebenswelt zentral.

Dennoch scheint auch für diese säkular aufgewachsenen Menschen die Beachtung der Feiertage bzw. das Feiern religiöser und traditioneller Feste und Feiern eine wichtige Rolle einzunehmen. Über die Hälfte, 54% (n=63), der diese Frage beantwortenden 117 Personen, bejahte dies. So gaben auch nur 7% (n=8) der Antwortenden an, dass sie die Religion für nicht wichtig hielten.

Im Weiteren wurde gefragt, welche Erfahrungen die Befragten in der jüdischen Gemeinde machten, wenn sie ihren behinderten Angehörigen dorthin mitnahmen. 86 Familien geben an, dass sie ihren Angehörigen mindestens einmal in die jüdische Gemeinde mitgenommen haben. Dabei zeigte sich, dass der überwiegende Teil

dort gute Erfahrungen machten. Anknüpfend hieran wurde gefragt, ob die Befragten glauben, dass die einzelnen Berufssparten/ Mitglieder der Jüdischen Gemeinden Menschen mit Behinderung akzeptieren.

Graphik 10: Wer in der jüdischen Gemeinde akzeptiert...



ZWST Projekt 2007, n=86, Mehrfachnennung möglich

Hier fällt das Antwortverhalten durchaus kritischer aus:

Bezüglich des Gefühls akzeptiert zu werden, stehen die Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinde ganz vorn in der Aufzählung. Von den 86 Befragten, die diesen Fragenblock beantworteten, nannten 70% (n=60) die Sozialabteilung. Dies ist verständlich, da die Sozialabteilungen oft die ersten und hauptsächlichen Ansprechpartner für Familie sind. Auch sind die Mitarbeiter, in der Regel Sozialarbeiter, erfahren im Umgang mit Personen, die Hilfe benötigen. Mit großen Abstand folgt die Aussage ‚Mitglieder allgemein‘, so glaubt nur ein gutes Drittel, 37% (n=32), der Antwortenden, dass das behinderte Familienmitglied von den anderen Gemeindemitgliedern akzeptiert wird. Es zeigt sich, dass

eine freundliche Behandlung allein das Gefühl „akzeptiert zu werden“, nicht vermitteln kann. Auffallend ist, dass nur 21% (n=18) der antwortenden Familien den Rabbiner benennen. Dies scheint widersprüchlich: Denn gerade von einem Rabbiner können die Betroffenen aufgrund seiner seelsorgerischen Tätigkeit erwarten, dass er Verständnis für die Situation behinderter Menschen zeigt. An dieser Stelle muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass diese Graphik allein die subjektive Wahrnehmung der Betroffenen wiedergibt.<sup>5</sup> Wie Rabbiner tatsächlich denken und sich verhalten, kann an dieser Stelle nicht festgestellt werden. Dennoch sollten die Ergebnisse zu Denken geben, denn das Empfinden der Befragten weist darauf hin, dass insbesondere auch auf diesem Gebiet eine Annäherung an die Familien wichtig erscheint. Denn der Rabbiner als zentrale Person des Gemeindelebens kann durch eine auf diese Personengruppe zugehende Haltung gerade auch andere Gemeindemitglieder positiv beeinflussen. So zeigen auch die bisherige Auswertung und die konkreten Erfahrungen auf den Bildungsfreizeiten, dass gerade auch manche dieser Familien an dem religiösen Gemeindeleben teilnehmen möchten und sich auch mehr Unterstützung hinsichtlich religiöser Aspekte wünschen. Dies äußerte sich beispielsweise konkret während der Bildungsfreizeiten darin, dass teilnehmende Familien sich mehr Vorträge zum Judentum und auch das gemeinsamen Begehen von Feiern wünschten.

Ein weiteres nachdenklich machendes Ergebnis ist, dass die betroffenen Familien glauben, dass gerade auch Institutionen für Jugendliche, wie z. B. das Jugendzentrum mit nur 14% (n=12) oder der Kindergarten mit 2% (n=2) ihre Familienmitglieder akzeptiert würden. Es hat den Anschein, dass gerade in diesen Bereichen ein größeres Zugehen auf Menschen mit Behinderung wünschenswert wäre. Es zeigen sich keine gravierenden Unterschiede zwischen

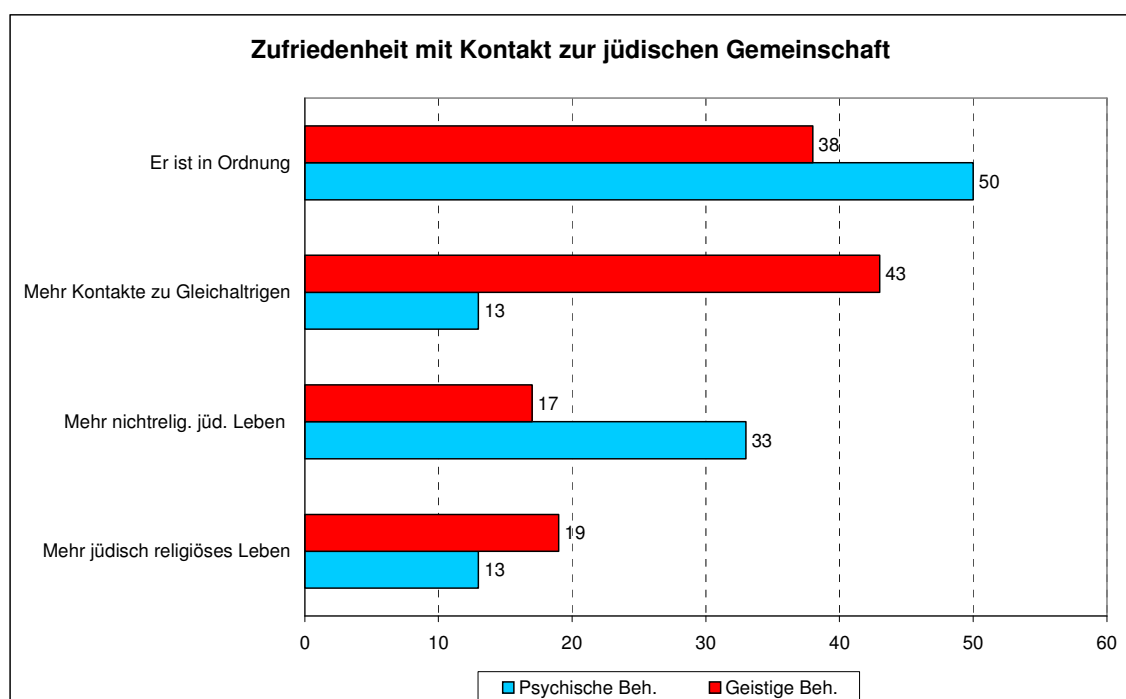
---

<sup>5</sup> Die wortwörtliche Frage 39 im Fragebogen lautet: „Wer in jüdischen Gemeinden akzeptiert nach Ihrer Meinung Menschen mit Behinderung?“

Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung in Bezug auf die gemachten Erfahrungen innerhalb der jüdischen Gemeinde. Allerdings ist tendenziell erkennbar, dass Familien mit einem psychisch behinderten Angehörigen angeben mehr positive Erfahrungen gemacht zu haben als Familien mit einem geistig behinderten Familienmitglied dies benennen.

Zum Abschluss wurde gefragt, ob die Befragten mit dem Umfang ihrer Kontakte zur jüdischen Gemeinschaft zufrieden sind. Es zeigt sich, dass sich hinsichtlich des Wunsches nach mehr Kontakt zu den jüdischen Gemeinden die Befragtengruppen in ihren Interessen ein wenig unterscheiden:

Graphik 11: Zufriedenheit mit Kontakt zur jüdischen Gemeinschaft



ZWST Projekt 2007, n=71, Mehrfachnennung möglich

Die Ergebnisse zeigen, dass sich Familien mit einem geistig behinderten Mitglied mehr Kontakte zu jüdischen Gleichaltrigen wünschen als Familien mit einem psychisch erkrankten Familienangehörigen (immerhin zeigen sich zwischen beiden Gruppen 30 Prozentpunkte Unterschied). Dementsprechend sagen auch nur 38% (n=18) der Familien mit einem geistig behinderten Kind aus,

dass der Kontakt in Ordnung sei, während es in den Familien mit einem psychisch Erkrankten 50% (n=12) sind. Weiterhin auffallend ist, dass sich Familien mit einem psychisch Erkrankten mehr nichtreligiöses Leben wünschen (16 Prozentpunkte Unterschied zu Menschen mit geistiger Behinderung), wohingegen bei Familien mit geistiger Behinderung der Wunsch nach religiösen Leben etwas ausgeprägter scheint.<sup>6</sup>

Abschließend zu diesem Fragekomplex wurde in einer offenen Frage nachgefragt, welche Wünsche die Betroffenen an die jüdischen Gemeinden hinsichtlich ihrer behinderten Familienmitglieder haben.

Tabelle 1: Wünsche an die jüdischen Gemeinden

	Absolute Anzahl	Prozentuale Häufigkeit
Mehr Integrationsmaßnahmen und Existenzhilfe <sup>7</sup>	20	15,6
Mehr jüdische Institutionen/ Organisationen <sup>8</sup>	11	8,6
Mehr Beratungs- und Weiterbildungsangebote (in Muttersprache) <sup>9</sup>	10	7,8
Mehr Hilfe (finanziell, psychologisch, sozial)	9	7,0
Mehr Kulturveranstaltungen	7	5,5
Keine Angabe	71	55,5
Gesamt	128	100

ZWST Projekt 2007, n=128

Befragt nach dem Wunsch sich innerhalb der jüdischen Gemeinschaft selber für die Interessen behinderter Menschen zu engagieren, zeigt sich folgendes Bild:

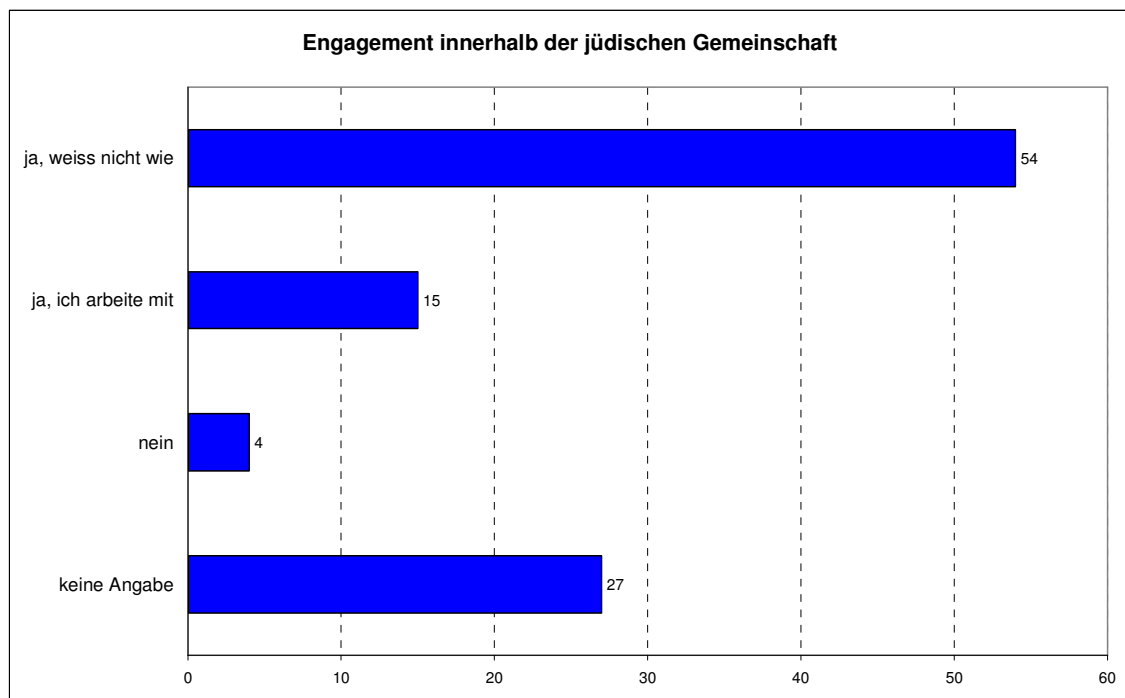
<sup>6</sup> Allerdings ist in hinsichtlich des Aspektes „religiöses Leben“ die Prozentsatzdifferenz von 6 Prozentpunkten so gering, dass nur von einer schwachen Tendenz gesprochen werden kann.

<sup>7</sup> Hierunter wurde beispielweise genannt: Hilfe bei Arbeitssuche.

<sup>8</sup> Hierunter wurde beispielweise genannt: Jüdische psychosomatische /psychiatrische Klinik, jüdischer Krisendienst, jüdisches Koordinationszentrum für Angehörige.

<sup>9</sup> Hierunter wurde beispielweise genannt: IT-Kurse, Sprachkurse.

Graphik 12: Engagement innerhalb der jüdischen Gemeinschaft



ZWST Projekt 2007, n= 128

Die überwiegende Mehrheit der Befragten, 54% (n=69), ist bereit sich innerhalb der jüdischen Gemeinschaft für ihre Interessen zu engagieren. Gleichzeitig sagen diese Familien aber auch aus, dass sie nicht wissen, wie sie das bewerkstelligen sollen. Dies erklärt sich auch aufgrund ihrer Sozialisation. Denn die meisten Befragten kommen aus einer Gesellschaft, in der das gesellschaftliche Engagement bestraft und unterdrückt wurde.

Immerhin 15% (n=19) haben sich bereits engagiert und nur 5% (n=5) der Antwortenden wünscht sich explizit kein Engagement.

### **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

#### *1) Schulungen und Mobiles Kompetenzzentrum zum Thema Behinderung*

Die Fragebogenergebnisse legen nahe, dass die MitarbeiterInnen der unterschiedlichen Institutionen in vielen jüdischen Gemeinden in der Zukunft verstärkt auch von Menschen mit einer geistigen und

psychischen Behinderung und deren Angehörigen aufgesucht werden. Um den dadurch auf sie zukommenden Anforderungen gerecht zu werden, wird sich die ZWST darum bemühen ein mobiles Kompetenzzentrum zum Thema Behinderung aufzubauen um mit eigener Fachkompetenz für Fragestellungen aus den Gemeinden behilflich zu sein.

### *2) Abbau von Berührungängsten*

Häufig gab es in der Vergangenheit zu wenige Berührungspunkte mit diesem Personenkreis. Der Gedanke liegt nahe, dass es sich um eine Wechselwirkung handelt, die dringend durchbrochen werden sollte: die Angehörigen von behinderten Menschen erwarten von den MitarbeiterInnen in den jüdische Gemeinden keine hohe Beratungs- oder Problemlösekompetenz für behinderungsbedingte Sachverhalte. Dadurch wenden sich die Angehörigen mit diesbezüglichen Fragen nicht an die GemeindemitarbeiterInnen, weshalb diese wiederum keinen Erfahrungsschatz und kein Problembewusstsein aufbauen konnten.

Durch die Etablierung von Selbsthilfe- und Angehörigengruppen und das flankierende Empowerment, möchte die ZWST Menschen mit Behinderung stärker ins Bewusstsein der GemeindemitarbeiterInnen und -mitglieder bringen, Berührungängste abbauen helfen und den Auf- und Ausbau von örtlichen Unterstützungssystemen anregen.

### *3) ReligionsausÜBUNG*

Erwähnt wurde der Wunsch nach verstärkter Einbindung in Gemeindefeiern und -feste und der Wunsch nach Nähe zu den Rabbinern. Dies scheint zunächst ein Gegensatz zu sein, da Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion durch ihre säkulare Sozialisation der Religionsausübung fern zu sein scheinen. Die ZWST wird sich dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen beim Kennenlernen und Erlernen der jüdischen Traditionen unterstützt werden. Hierzu gehören selbstverständlich Treffen mit Rabbiner und Religionslehrern als Referenten und Erklärungen zu den

Festen und Gebräuchen in einfacher Sprache. Die ZWST strebt eine gemeinsame Konferenz zu diesem Thema mit den in Deutschland tätigen Rabbinern an.

#### 4) „Best-Buddies“-Projekt

Außerdem soll bundesweit eine Art „Best-Buddies“-Projekt entstehen, dessen Kern darin besteht, (freundschaftliche) Kontakte zwischen behinderten und nicht-behinderten Gemeindemitglieder im Rahmen von gemeinsamen Unternehmungen anzubahnen: Jedes Gemeindemitglied, das bereit ist, einige Male im Jahr einen Menschen mit Behinderung gemäß dessen Wünschen auszuführen, etwa zum Essen, ins Kino, ins Fußballstadion, ins Theater o.ä., soll bei der Realisierung dieses Engagements unterstützt werden. Auf diese Weise sollen Berührungspunkte abgebaut und der Zusammenhalt in der Gemeinde verstärkt werden.

## 8. Wohnen

Schon zu Beginn des Projektes hatte sich gezeigt, dass dieses Thema die Angehörigen sehr bewegt und auf verschiedenen Veranstaltungen immer wieder von ihnen angesprochen worden war.<sup>10</sup> So sollte unter anderem mit dem Fragebogen auch eruiert werden, ob es einen Bedarf an Wohnplätzen bzw. Wohngruppenunterbringung seitens der Angehörigen gibt.

Gerade aber in diesem Fragebogenteil zeigte sich ein besonders inkonsistentes Antwortverhalten. So beantworteten manche Familien einige Fragen genau, andere wiederum ließen sie unbeantwortet. Es scheint, dass dieses Thema für die Angehörigen sehr ambivalent besetzt ist.

Dieser empirische Befund wird auch durch das Verhalten vieler Teilnehmer in den bisher durchgeführten Informations-

---

<sup>10</sup> In Frankfurt hatte sich sogar eine kleine Angehörigengruppe gebildet, die sich nur diesem Thema widmete. Auf Betreiben dieser Gruppe wurde von der ZWST eine Anzeige in verschiedenen regionalen Gemeindezeitungen geschaltet, um Interessenten für ein jüdisches Wohnheim anzusprechen. Die Resonanz auf diese Anzeige war allerdings sehr gering.

veranstaltungen bestätigt. So äußern immer wieder Betroffene ein starkes Interesse an der Errichtung einer jüdischen Einrichtung für Behinderte, können aber nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt ihr Angehöriger dort einziehen soll.

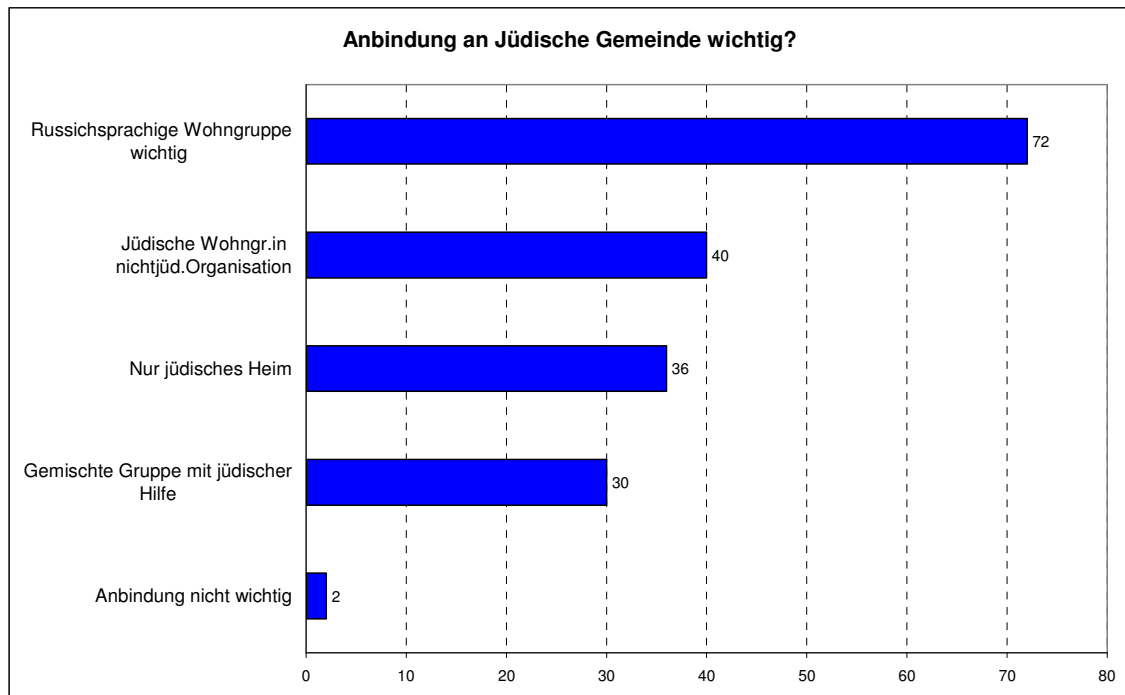
Hierfür gibt es zumindest zwei Gründe:

a) Zum einen möchten viele Familien ihre Angehörigen, solange es geht selber betreuen. Dies erklärt sich auch vor dem Hintergrund ihrer Sozialisation in einer kommunistischen Gesellschaft, in der die Versorgung für behinderte Menschen ausgesprochen schlecht war bzw. nicht existierte. Da die Familien in der Regel über Jahrzehnte hinweg die Situation allein meisterten, ist die Bindung unter den Familienangehörigen auch sehr eng. Einen genauen Zeitpunkt, ab dem eine Betreuung nicht mehr leistbar ist, können und wollen die Betroffene daher nicht angeben. Auch können sie diesen nicht absehen.

b) Zum anderen erhalten die Angehörigen für die Betreuung ihres Familienangehörigen Leistungen wie Pflegegeld, Grundsicherung usw., die der ganzen Familie zu Gute kommt. Diese zusätzlichen Leistungen ermöglichen es häufig erst, das Leben des Betroffenen und seiner Angehörigen individuell besser zu gestalten. Mit dem Einzug in eine Wohneinrichtung würde diese Unterstützung wegfallen. Auch diese Tatsache erschwert den Familien eine konkrete Entscheidung.

Unter anderem wurde gefragt, ob den Angehörigen die Anbindung an die jüdische Gemeinde wichtig ist.

Graphik 13: Wichtigkeit: Anbindung an jüdische Gemeinde

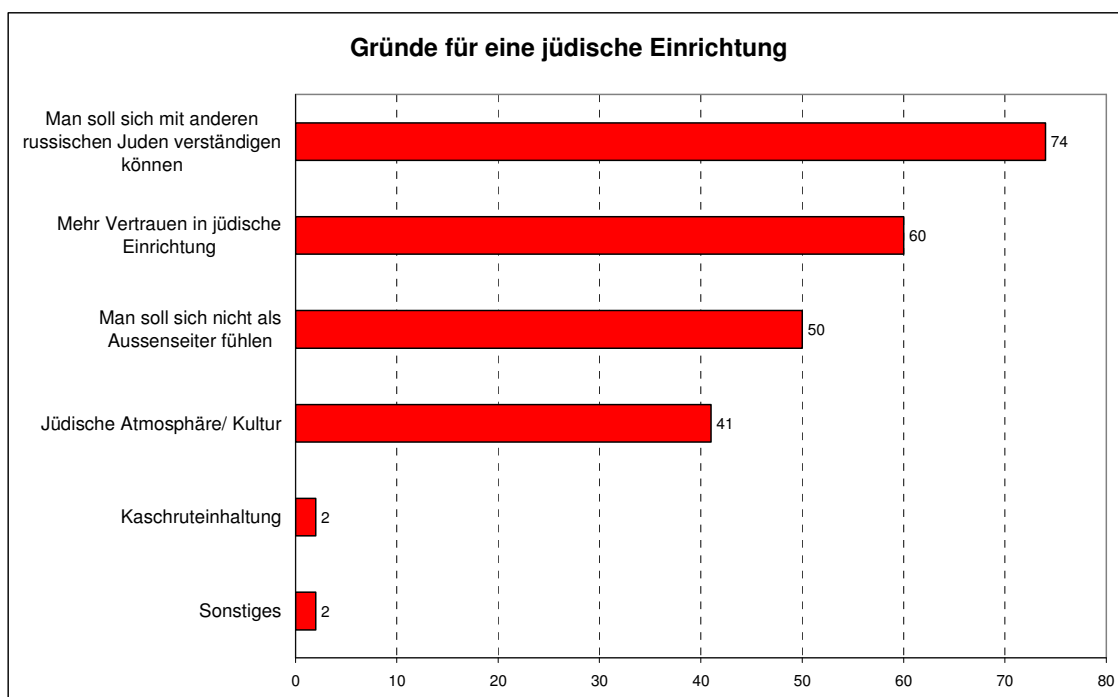


ZWST Projekt 2007, n=47, Mehrfachnennung möglich

Diese Frage wurde von 47 Befragten beantwortet. Die überwiegende Mehrheit der Suchenden, 72% (n=34), legt die Priorität auf eine Wohngruppe für russisch sprechende Menschen. 40% (n=19) haben grundsätzlich Interesse an einer jüdisch geprägten Wohngruppe, allerdings können diese auch in einer nichtjüdischen Institution angesiedelt sein. Vermutlich wären diese Personen, 30% (n=14), auch mit einer gemischten Gruppe mit jüdischer Anbindung zufrieden. Aber immerhin ein Drittel, 36% (n=17) möchte ihre Angehörigen nur in einem jüdischen Heim/ Wohngruppe unterbringen. Und nur lediglich eine Person, 2%, sagt aus, dass ihr die jüdische Anbindung unwichtig ist.

Im Weiteren wurde nach den Gründen für die gewünschte Unterbringung in einer jüdischen Einrichtung gefragt:

Graphik 14: Gründe für Unterbringung in einer jüdischen Einrichtung



ZWST Projekt 2007, n=42, Mehrfachnennung möglich

Von den 42 Personen, die diese Frage beantwortet haben, werden überwiegend soziale, nichtreligiöse Gründe für die Unterbringung in einer jüdischen Einrichtung genannt. Für Drei Viertel der Befragten, 74% (n=31), ist die Unterbringung in einer jüdischen Einrichtung deshalb wichtig, weil sie so sicher sein können, dass sich ihr behinderter Angehöriger auf Russisch verständigen kann. Über die Hälfte der Antwortenden, 60% (n=25) hat mehr Vertrauen in die Arbeit einer jüdischen Einrichtung. Viele der aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Familien waren in ihrer Heimat mit Antisemitismus konfrontiert. Sie haben von daher die Sorge, dass ihr Familienmitglied als Jude benachteiligt werden würde.<sup>11</sup> Dies wäre in einer jüdischen Einrichtung nicht der Fall. Zudem glauben sie, dass nur dort Probleme ehrlich angesprochen werden können. Und für 41% (n= 17) ist die jüdische Atmosphäre, das gemeinsame Begehen von

<sup>11</sup> Vereinzelt haben Angehörige, insbesondere von psychisch Erkrankten, auf Tagungen berichtet, dass ihrem Familienmitglied gegenüber auch in der Bundesrepublik antisemitische Bemerkungen geäußert wurden.

Feiern ein wichtiger Grund, eine jüdische Einrichtung, wenn es sie gäbe, als Unterbringungsmöglichkeit zu wählen. Detailliertere Auswertungen zeigen bei dem Item ‚Wichtig: Jüdische Atmosphäre‘ wieder einen Unterschied zwischen Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung: Insbesondere Familien mit einem geistig behinderten Familienmitglied ist eine jüdische Atmosphäre wichtig.

### **Konsequenzen für ZWST-Behindertenhilfe**

Die ZWST wird zunächst in Frankfurt die Entstehung einer betreuten Wohnform für jüngere (bis ca. 55 Jahre alte) behinderte Menschen mit Anbindung an die jüdische Gemeinde unterstützen. Sie wird aber auch an anderen Orten, wenn sich dort eine genügend große Anzahl an ernsthaften Interessenten findet, Hilfestellung bei dem Aufbau einer solchen Einrichtung geben.

## **Resümee**

Die dargestellte Befragung zeigt die Situation einer bisher in der jüdischen Sozialarbeit vernachlässigten Gruppe, Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung, auf. Die Antworten der hier befragten 128 Familien geben stellvertretend auch für andere jüdische Familien in dieser Lebenslage eine gute Übersicht.

Die Ergebnisse dieser Fragebogenbefragung zeigen eindeutig, dass sich viele Familien mit einem geistig oder psychisch behinderten Angehörigen einen stärkeren Kontakt zur und mehr Unterstützung durch die jüdische Gemeinschaft wünschen. Gleichzeitig zeigen sie auch, dass es auf beiden Seiten Berührungspunkte gibt, die es aufzubrechen gilt. Die Ergebnisse bestätigen, dass eine Sensibilisierung verschiedenster Abteilungen der jüdischen Gemeinde hinsichtlich der Lebenssituation dieser Personengruppe und auch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit hin zu diesen Familien wünschenswert ist, damit auch behinderte Gemeindemitglieder zahlreicher an den Aktivitäten jüdischen Lebens teilnehmen. Sie zeigen aber auch auf, dass sehr gut möglich ist, denn einzelne Antworten von Familien lassen darauf schließen, dass eine Integration zumindest ab und zu auch gut gelingt.

Deutlich erkennbar ist, dass sich viele Angehörige in einem Alter befinden, in dem absehbar ist, dass sie die Betreuung ihrer Angehörigen nicht mehr lange werden leisten können. Insbesondere diese Personengruppe macht sich große Sorgen um die Zukunft ihrer behinderten Familienmitglieder. Dies zeigt eindringlich, dass auch von der jüdischen Gemeinschaft in nächster Zeit verstärkt Unterstützungs- und Wohnangebote entwickelt werden sollten, um diese Angehörigen zu entlasten.

## **Konsequenzen für die ZWST-Behindertenhilfe**

Aus den Ergebnissen der Fragebogenaktion und den darüber hinaus im Projektverlauf gewonnenen Erkenntnissen leitet die ZWST folgende strategische Ausrichtung ihrer Unterstützung für diesen Personenkreis ab.

1. Die ZWST plant ein **überregionales mobiles Kompetenzzentrum zum Thema Behinderung aufzubauen**, das mit seiner Fachkompetenz ein Ansprechpartner für betroffene Familien und die Sozialarbeiter der jüdischen Gemeinden sein wird. Diese können sich dann bei sozialrechtlichen, aber auch anderen Fragen, die den Behindertenbereich tangieren, an einen Mitarbeiter dieses Kompetenzzentrums wenden.
2. Mitarbeiter der Gemeinden sollen in regelmäßig Abständen **Fortbildungen** zu den im Behindertensektor aktuellen Themen (beispielsweise persönliches Budget) angeboten werden. Die Sozialarbeiter in den Sozialabteilungen der jüdischen Gemeinden sollen so besser befähigt werden den pflegenden Angehörigen ausreichend Beratung zukommen zu lassen. So sollten diese beispielsweise darin unterstützt werden, ihre Ansprüche zur Familienentlastung z.B. durch Inanspruchnahme „*Familien unterstützender*“ (FUD) bzw. „*entlastende (FED) Dienste*“ bei anderen Trägern durchzusetzen. Auch sollen die Sozialarbeiter der jüdischen Gemeinden durch das mobile Kompetenzzentrum darin unterstützt werden, dass ihre Kontakte zu den Behindertenverbänden vor Ort intensiviert werden, damit Ratsuchende bei „Spezialfragen“ auch an diese verwiesen werden können.

3. Die ZWST wird eine Fortbildung für ehrenamtlich tätige Sprachlehrer anbieten, die daran interessiert sind, für diese Personengruppe **Sprachkurse** durchzuführen. Geeignete Sprachkurse sind sehr wichtig und erforderlich, um den mehrfach benachteiligten und isolierten Menschen die Integration zu ermöglichen.
4. Die ZWST wird sich dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen beim **Kennenlernen und Erlernen der jüdischen Traditionen** unterstützt werden. Hierzu gehören selbstverständlich Treffen mit Rabbiner und Religionslehrern als Referenten und Erklärungen zu den Festen und Gebräuchen in einfacher Sprache. Die ZWST strebt eine gemeinsame Konferenz zu diesem Thema mit den in Deutschland tätigen Rabbinern an.
5. Die ZWST beabsichtigt regelmäßig **Ferien- und Erholungsmaßnahmen** sowohl für die Menschen mit Behinderung als auch für deren Angehörige durchzuführen. Für die weitere Zukunft sind auch integrative Freizeiten geplant.
6. Die ZWST wird den **Auf- und Ausbau von Selbsthilfe- und Elternselbstorganisationen** unterstützen, die helfen die Berührungängste zu überwinden und die Chancen der Integration ins Gemeindeleben zu verbessern.
7. **Ehrenamtliches Engagement** in diesem Bereich soll gefördert werden. So soll bundesweit eine Art „Best-Buddies“-Projekt entstehen, dessen Kern darin besteht, (freundschaftliche) Kontakte zwischen behinderten und nicht-behinderten Gemeindemitglieder im Rahmen von

gemeinsamen Unternehmungen anzubahnen: Jedes Gemeindemitglied, das bereit ist, einige Male im Jahr einen Menschen mit Behinderung gemäß dessen Wünschen auszuführen, etwa zum Essen, ins Kino, ins Fußballstadion, ins Theater o.ä., soll bei der Realisierung dieses Engagements unterstützt werden.

8. Die ZWST wird prüfen, ob in der Zukunft -insbesondere in den großen- jüdischen Gemeinden mögliche **Arbeits- und Beschäftigungsplätze für Menschen mit Behinderung** entstehen können. So könnten Wege der integrativen Beschäftigung als Kooperationen zwischen den jüdischen Gemeinden und Trägern der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung aufgezeigt und mögliche Praxis-Anleiter vor Ort geschult werden. Hier gilt es für die Zukunft Modelle zu entwickeln.
9. Die ZWST wird zunächst in Frankfurt die Entstehung einer **betreuten Wohnform** für jüngere (bis ca. 55 Jahre alte) behinderte Menschen mit Anbindung an die jüdische Gemeinde unterstützen.
10. Die ZWST wird aber auch anderen Orten, wenn sich dort eine genügend große Anzahl an ernsthaften Interessenten findet, **Hilfestellung bei dem Aufbau solcher Einrichtungen** geben. Denn die Altersstruktur der behinderten Menschen und der pflegenden Angehörigen macht die Vorbereitung von differenzierten Wohnformen außerhalb der Familie notwendig. Die Begleitung durch professionelle, insbesondere auch psychotherapeutische Mitarbeiter ist hierbei unverzichtbar.